

🕒 3 min.

# Hofladen-Lösung liegt in weiter Ferne

Mitte, FDP und GLP haben im Kantonsrat dafür gesorgt, dass Linke und SVP gegen das Ladenschlussgesetz das Referendum ergreifen.

Lukas Nussbaumer

---

Die Mehrheit des Luzerner Kantonsrats hat sich am Montagmorgen mit einem Thema befasst, das schon Dutzende von Debatten geprägt hat: Ladenöffnungszeiten. Beschlossen hat das Parlament Folgendes:

## **Volksabstimmung wohl im September**

All diese nach einer knapp zweistündigen Diskussion getroffenen Entscheide sind vorderhand allerdings so nutzlos wie ein Laden ohne Produkte. SVP, SP und Gewerkschaften werden die Lockerungen nämlich mit dem Referendum bekämpfen, wie ihre Sprechenden bekräftigten. Dass es zustande kommt, gilt als sicher, weshalb die Volksabstimmung darüber wohl im September stattfinden dürfte.

Der Status quo bedeutet auch: Hofläden müssen sich wie seit dem Februar 2024 nach einem umstrittenen Entscheid des in dieser Frage zuständigen Justiz- und Sicherheitsdepartements geltend, weiterhin ans Ladenschlussgesetz halten und um 19 Uhr schliessen. Die WAK sowie Mitte, FDP und GLP wollten mit ihren detaillierten Anträgen zum Ruhetags- und Ladenschlussgesetz eine zeitraubende Verordnung verhindern und das Regelwerk so möglichst schnell ändern. Konkret war der 1. Mai vorgesehen.

## **Für SVP und SP wurde das «Fuder überladen»**

Das von Vertretenden von SVP und SP nach der emotional geführten Debatte als Scherbenhaufen bezeichnete Beratungsergebnis zeichnete sich schon früh ab. So gab es keine Zweifel darüber, dass der schon in der ersten Lesung im Grundsatz gutgeheissene Antrag zu den Ausnahmen für an Schnellladestationen angegliederte Shops erneut eine Mehrheit finden wird. Diese Ausweitung, monierten SVP, SP und mit ihr die Regierung, sei gar nie Teil der Vernehmlassung gewesen.

Thomas Hodel (SVP, Schötz) kritisierte wie Marcel Budmiger (SP, Luzern) vergeblich, das Fuder werde überladen. Auch SP-Fraktionschefin Simone Brunner (Luzern) blieb ungehört, als sie sagte: «Damit wird eine Liberalisierung des Ladenschlusses unter dem Deckmantel der Ökologisierung angestrebt.» Ganz anders sahen dies FDP – und GLP. Deren Sprecher Urs Brücker (Meggen) fand: «Der WAK sei Dank – eine Verordnung wird überflüssig. Und die Erweiterung auf Shops an Elektroladestationen macht Sinn.» Letzteres sah Roman Bolliger (Grüne, Hochdorf) gleich

Hochdorf) gleich.

## Regierung bei Hofläden-Passus erfolgreich

Anderer Ansicht war Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj: Die SP-Regierungsrätin bezeichnete die Ausdehnung auf Geschäfte an Elektroladestationen als «zu weitgehend». Sie verteidigte auch den von der Exekutive vorgeschlagenen Passus zu den Hofläden und nannte ihn «einfach und verständlich».

Noch einmal kräftig ausgeteilt wurde vor dem Antrag der SVP, das Geschäft abzulehnen. Sprecher Thomas Hodel bilanzierte leicht frustriert wirkend: «Es ist genauso herausgekommen, wie es die Regie von Mitte und FDP vorgesehen hat.» SP-Fraktionschefin Simone Brunner machte die Mitte für den Scherbenhaufen verantwortlich; dass FDP und GLP das Gesetz am liebsten abschaffen würden, sei schliesslich bekannt. Mitte-Fraktionschef Adrian Nussbaum (Hochdorf) konterte: «Wir übernehmen gerne Verantwortung. Und man darf selbstverständlich anderer Meinung sein als wir.» Das war Urban Sager (SP, Luzern) in dieser Frage definitiv. Für ihn ist klar: «Wir werden die Abstimmung gewinnen. Unheilige Allianzen sind sehr erfolgversprechend.»